

Gemeinsamer Sachantrag

**der Fraktionen SPD und DIE LINKE sowie der Einzelstadträt*innen der Bunten Linken, GAL, HIB und Die PARTEI
zu TOP 6 öffentlich GR 18.06.2020 |Verlagerung des Ankunftszentrums für Flüchtlinge von Patrick-Henry-Village - Standortentscheidung**

Betreff: Prüfung eines Standorts für das Ankunftszentrum für Geflüchtete innerhalb von PHV

Für TOP 6 ö der kommenden Sitzung des Gemeinderates stellen die oben genannten Antragssteller folgenden Sachantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur kommenden SEVA-Sitzung am 01.07.2020 mögliche Standorte mit Vor- und Nachteilen auf dem Gelände des PHV zu prüfen. Als mögliche Standorte kommen Grundstücke innerhalb PHVs mit überwiegend gewerblicher Nutzung in Frage, um die Zielmarken des Masterplans weiterhin zu erhalten. Die Ergebnisse der Prüfung werden in einer synoptischen Darstellung aufbereitet.

Begründung:

Die Verlagerung des Ankunftszentrums aus der Mitte von PHV und mit einer jetzigen Größe von 30 Hektar ist notwendig. Jedoch wurde in der bisherigen Diskussion nie öffentlich geprüft, ob ein Standort innerhalb von PHV möglich wäre. Hierzu gab es bisher nur mündliche Aussagen, aber keine Untersuchungen, wie für die Wolfsgärten oder den Gäulschlag. Erst wenn es eine gleichberechtigte Prüfung gibt, kann auch mit bestem Wissen entschieden werden. Da in verschiedenen Aussagen geäußert wurde, dass es Untersuchungen gibt, wird es möglich sein, dies kurzfristig bis zur nächsten Sitzung des SEVAs vorzubereiten, um nicht unnötig Zeit zu verlieren. Der Baubeginn würde sich dadurch nicht verzögern.

Zuletzt wurde vom Land BW geäußert, dass die Wolfsgärten zu klein sind, um nötige Freizeitflächen unterzubringen. Dieser Vorteil wäre in PHV gegeben, da dort Freizeitmöglichkeiten und die Nahversorgung gegeben wären. In PHV wäre direkter Kontakt zur Bevölkerung möglich. Gerade in der Nähe der Pioniere, die vor allem aus Starter-Haushalten bestehen, ist eine Akzeptanz und Vernetzung zu erwarten.

Wir wollen damit erreichen, dass kein wertvolles Ackerland überbaut wird und den Zielen der Sustainable Development Goals (SDGs) im Stadtentwicklungskonzept von 2018 und dem Ausruf des Klimanotstandes 2019 durch den Gemeinderat entsprochen wird.